



EINGANG: *22.4.08 QV*
Parlamentsbüro



21.04.08

An die
Stadtverordnetenvorsteherin
Frau Brigitte Stass
Parlamentsbüro
Römerstraße 102

68642 Lampertheim

Ökologisches Bauen im Rosenstock III

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

wir bitten Sie, in der nächsten Stadtverordnetenversammlung über folgenden Antrag abstimmen zu lassen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Verwaltung richtet umgehend eine Arbeitsgruppe ein, welche Kriterien zum ökologischen Bauen im Rosenstock III erarbeitet.
2. Beim ökologischen Bauen sind folgende Aspekte zu berücksichtigen:
 - ◆ Energetische Aspekte mit Ziel Passivbauweise
 - ◆ Nutzung von Erdwärme, Photovoltaik, Sonnenkollektoren
 - ◆ Brauchwasser- und Regenwassernutzung
 - ◆ Verwendung ökologischer Baumaterialien
 - ◆ Dach- und Fassadenbegrünung
3. Für die Vergabe der städtischen Grundstücke soll ein Punktesystem basierend auf den oben genannten ökologischen Kriterien herangezogen werden. Nur bei Erreichung einer Mindestpunktzahl kann ein städtisches Grundstück erworben werden. Deshalb muß der Punktekatalog vor der Veräußerung des ersten städtischen Grundstücks vorliegen.
4. Weiterhin wird seitens der Verwaltung für die Dauer der Bauausführungen im Rosenstock III ein Berater als kompetenter Ansprechpartner für die Bauherren eingesetzt.

Begründung:

Das ökologische Bauen ist heutzutage in aller Munde. Immer mehr Bauherren setzen nicht zuletzt wegen der hohen Energiepreise auf Häuser, welche möglichst wenig Energie verbrauchen und somit die Umwelt und den Geldbeutel schonen. Andererseits gibt es seitens der Bauherren und Bauträger aber auch immer noch starke Vorbehalte da vermutet wird, dass das ökologische Bauen im Vergleich zur konventionellen Bauweise deutlich teurer kommt. Die Stadt Lampertheim hat sich nicht zuletzt im Zuge des Agenda 21-Projekts auf

die Fahnen geschrieben, seinen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Deshalb ist bereits bei der Planung des Baugebiets Rosenstock III auf eine möglichst gute Nord-Südausrichtung der Häuser geachtet worden, um die Nutzung von Solarenergie zu ermöglichen. Leider erlaubt es die HBO nicht, bauplanungsrechtliche Festsetzungen bezüglich des ökologischen Bauens im Bebauungsplan aufzunehmen. Daher gilt es nun wenigstens, Ressourcenschutz-Standards durch eine entsprechende Preisgestaltung beim Verkauf städtischen Bodens zu setzen. Andere Kommunen wie beispielsweise Hannover tun dies bereits seit Jahren.

Mit freundlichen Grüßen

SPD-Fraktion



Hans Hahn

Fraktion B'90 / Die Grünen



Helmut Rinkel